

ISSN 0939-3013 | € 16,90  
ISBN 978-3-7410-0241-0

# PER SPEK TIVEN

**D** **S**perspektivends  
Zeitschrift für  
Gesellschaftsanalyse  
und Reformpolitik  
Bedrängte Demokratie

40. Jahrgang

2

23

SCHÜREN



perspektiven des demokratischen sozialismus  
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse  
und Reformpolitik  
40. Jahrgang 2023 Heft 2  
ISBN 978-3-7410-0241-0 (Print)  
ISBN 978-3-7410-0220-5 (eBook)  
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative  
Demokratischer Sozialismus (HDS) e. V. von Hermann  
Adam, Nils Diederich, Helga Grebing (†), Leo Kießler,  
Richard Saage und Karl Theodor Schuon

**Redaktionsbeirat:** Bernhard Claußen, Martin Gorholt,  
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder, Klaus Kost,  
Jens Kreibaum, Christian Krell, Hendrik Küpper, Kira  
Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer, Andreas M.  
Müggenburg, Simon Obenhuber, Roland Popp, Si-  
bylle Reinhardt, Lars Rensmann, Moritz Rudolph,  
Klaus-Jürgen Scherer, Wolfgang Schroeder, Carsten  
Schwäbe, Joachim Spangenberg, Stefan Stader,  
Gert Weisskirchen

**Redaktion dieser Ausgabe:** Lina-Marie Eilers,  
Hendrik Küpper, Laura Clarissa Loew, Kira Ludwig,  
Klaus-Jürgen Scherer, Lukas Marvin Thum

**Gestaltung:** Erik Schübler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative  
Demokratischer Sozialismus  
WBH, Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin  
Verantw. Klaus-Jürgen Scherer:  
kjs@hochschulinitiative-ds.de

**Weitere Informationen unter:**  
[www.hochschulinitiative-ds.de](http://www.hochschulinitiative-ds.de)

**Verlag und Abo-Vertrieb:**  
Schüren Verlag GmbH,  
Universitätsstr. 55 | D-35037 Marburg  
Informationen zu *perspektivends* und zum Verlagspro-  
gramm des Schüren Verlags finden Sie im Internet:  
[www.schueren-verlag.de](http://www.schueren-verlag.de)

Die *perspektivends* erscheinen zweimal im Jahr.  
Einzelpreis € 16,90, Jahresabo € 30,00 incl. Versand.  
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im Mitglieds-  
beitrag enthalten.

© Schüren Verlag GmbH  
Alle Rechte vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht un-  
bedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unver-  
langt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung  
übernommen.

Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag

**Druck:** Bookpress, Olsztyn  
Printed in Poland

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision  
einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft,  
deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe  
ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale  
Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

# Bedrängte Demokratie

## perspektivends 2/23

# INHALT

## EDITORIAL

4

## AKTUELL

Klaus-Jürgen Scherer  
Aspekte gereizter Polarisierung

6

## SCHWERPUNKT BEDRÄNGTE DEMOKRATIE

Gero Neugebauer  
Das deutsche Parteiensystem in  
Bewegung

14

Detlef Lehnert  
Überblick und Hinweise zu  
einigen neueren Demokratie-  
und «Polarisierungs»-Studien

27

Robert Misik  
Stolz, Respekt, Selbstwert. Über die  
Werte der arbeitenden Klassen

39

Armin Pfahl-Traughber  
Analysen zu Ideologie und  
Strategie der Neuen Rechten

51

Jöran Klatt  
Popkultur und Memes  
Über die Bildsprache der  
Neuen Rechten

66

Burkhard Jellonnek  
Zum kulturpolitischen Umgang  
mit der AfD

73

Wolfgang Thierse  
Aus der Erfahrung der Diktatur  
den Umgang mit der Diktatur lernen?

82

## THEORIEPERSPEKTIVEN

Richard Saage  
Zu Max Adlers Rehabilitierung  
der Dialektik

96

Konrad Lindner  
Seele – die Seinsform des Subjekts  
Hegels Realphilosophie im  
dialogischen Kommentar

105

Carsten Kaven  
Das Naturverhältnis als res publica  
Von der herrschenden in die treue Hand

111

Hagen Weiler  
Logischer Sozialismus –  
eine Alternative?  
Wider das nachhinkende Bewusstsein

127

## GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Peter Steinbach  
«Heran an den Staat!»  
Zur Neuedition von Kurt Schumachers  
Dissertation

154

Siegfried Heimann  
Rudolf Breitscheid in der  
Volksfrontdebatte Mitte der  
1930er-Jahre

160

Petra Hoffmann Zschocher  
Der Schriftsteller Clemens Meyer und  
seine Großeltern, das Künstlerpaar  
Gertraud und Otto Möhwald

170

## HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig / Kira Ludwig  
Gewinn oder Niete?  
Lotterie in der Forschungsförderung

178

Madita Lachetta  
Wissenschaft und Politik im  
Spannungsverhältnis der  
Wissensgesellschaft

184

Luise Klatte / Charlotte Rathjen Promovieren an der Armutsgrenze	189	Julius Reims Gegen die Leerstelle Skizze einer antifaschistischen Perspektive auf Nahost	233
Thekla Mühlpfordt Bericht vom 50. Jubiläum der Juso-Hochschulgruppen	193	<b>BEITRÄGE UND DISKUSSION</b>	
Dagmar Schlapeit-Beck «Das Private ist politisch» Ausgangspunkt des Feminismus bei den Juso-Hochschulgruppen	195	Reinhard Hildebrandt / Simone Lück-Hildebrandt Das aktuelle weltweite politische Machtgefüge Befindet sich die EU in einem Zangengriff?	238
<b>JUNGE PERSPEKTIVEN</b>		<b>REZENSIONEN UND BERICHTE</b>	
Laura Clarissa Loew / Hendrik Küpper Überlegungen zur rechtsextremen Be- drohung in Deutschland und der Welt	201	Ulrich Horb Wolfgang Thierse und Thomas Meyer sprechen über soziale Demokratie	256
Elisabeth Kaiser Verunsicherung und Rechtsruck in Krisenzeiten	204	Armin Pfahl-Traughber Erik Olin Wright – ein moderner Klassiker	259
Helene Franke Neurechte Aktivistinnen Zur Rolle des Geschlechts im Rechtsextremismus	209	Wolfgang Kowalsky Felix Syrovatka: Neue Europäische Arbeitspolitik	261
Johanna Liebe Verbindungen und Burschenschaften als rechte Elitenkader	215	Wolf Wagner Der Westen: eine Oschmann'sche Erfindung	262
Natalie Maurer Wie migrationspolitische Debatten die Wahlen in Hessen beeinflusst haben und der Sozialdemokratie schaden	218	Lina-Marie Eilers Sophie Passmann: <i>Pick Me Girls</i>	264
Jan Hillgruber Italiens unscheinbarer Weg in die Autokratie	223	Lukas Marvin Thum Konferenzbericht 100 Jahre Kritische Theorie	266
Liliia Sablina Die extreme Rechte in Russland Illiberale Regierung, radikale Gruppie- rungen und europäische Netzwerke	227	Gert Weisskirchen Lutz Rathenow: Ein literarischer Archäologe Autorinnen und Autoren	270 274

# EDITORIAL

Dass die *Bedrängte Demokratie* auch in Deutschland im Laufe des Jahres 2023 zu einem herausragenden Thema wurde, lag vor allem an explodierenden Zustimmungszahlen für rechtspopulistische/rechtsextreme Positionen, die völlig aus dem Ruder liefen. Verspätet, aber im europäischen Vergleich, wie man aus dem Europaparlament hört, umso extremistischer, kommt es nun auch in Deutschland durch die AfD zum machtpolitischen Angriff von rechts auf die Demokratie. Die Nazi-Schuld deutscher Geschichte – von Björn Höcke wie von Recep Tayyip Erdoğan als «Schuld kult» denunziert – wird immer weniger als Ausgangspunkt unserer demokratischen Ordnung empfunden. Wird das, was mit amerikanischem Umerziehungsprogramm, stetig wachsendem Wirtschaftswunder und dem politischen Aufbruch nach 68er in einer ziemlich deliberativen Demokratie (Jürgen Habermas) mündete, jetzt rückabgewickelt?

Noch ist es nicht so weit, die sozial-liberal-ökologische Ampel regiert. Und doch müssen wir mit dem Schwerpunkt dieses Heftes *Bedrängte Demokratie* die neuen Herausforderungen für unsere pluralistische, tolerante, offene Demokratie thematisieren, wo die Zahl der Menschen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild zunimmt, wo die allgemeine Unzufriedenheit wächst und das Vertrauen in die Demokratie deutlich schwindet. Die

AfD erlebt in den Umfragen, vor allem in Ostdeutschland, Höchststände und gerade erst wurde Geert Wilders Partei für die Freiheit in den Niederlanden stärkste Partei. Unsicherheiten, Zukunftsängste und Verteilungskonflikte bieten Einfallstore für antidemokratische Positionen und rechtsextreme Ideologien. Die Demokratie, ihre Grundprinzipien, Abläufe und Institutionen werden von vielen zunehmend mit Distanz betrachtet.

Nicht zuletzt ist die Stärke der antidemokratischen Rechten die Schwäche der demokratischen Linken. Was sind Gründe für die aktuell so große Verdrossenheit vieler Menschen? Was treibt sie in so großer Anzahl in die Arme von Menschenfeinden und Demokratiegegnern? Gibt es Auffälligkeiten zwischen Ost und West? Und vor allem: Was können wir tun, um die Ursachen für antidemokratische Einstellungen zu verringern? Helfen da nicht auch Erinnerungen an unsere Diktaturerfahrungen, die mit der SED sind ja noch gar nicht so lange her? Wie können Hoffnung und Gestaltungsoptimismus wiedergewonnen werden, wie können attraktive sozialdemokratische Zukunftserzählungen von einer besseren Welt den schlichten und emotionalisierenden Narrativen der Rechten entgegengesetzt werden?

Mit derartigen Fragen beschäftigte sich unsere diesjährige Tagung der *Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V.*

in Birkenwerder bei Berlin vom 10.–12. Oktober 2023, in bewährter Kooperation mit der Brandenburger Friedrich-Ebert-Stiftung. Zum Auftakt fand eine öffentliche Podiumsdiskussion zur «distanzierten Mitte» statt, auf der Prof. Dr. Sabine Achour von der FU Berlin die Thesen der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vorstellte, Prof. Dr. Wolfgang Schroeder vom Vorstand der HDS diese Studie aus Sicht des Forschungsstandes über den Rechtsextremismus einordnete und kommentierte und anschließend der Brandenburger SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Noack, Mitglied des Innenausschusses, aus den praktischen Erfahrungen der Auseinandersetzung mit der AfD berichtete. Eine von Hendrik Küpper moderierte Paneldiskussion mit Oskar Gergs, wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, und mit Annika Pultke, Schülerin und engagiert im Netzwerk Schule ohne Rassismus, zeigte, wie vielfältig in der jüngeren Generation Engagement gegen rechts aussehen kann. Denn es ist einer der erschütterten Befunde, dass die AfD auch verstärkt von der jüngeren Generation gewählt wird, während die Grünen dort einbrechen und die SPD da außerordentlich schwach ist.

Im Schwerpunkt dieses Heftes dokumentieren wir schriftliche Fassungen zentra-

ler Beiträge der Tagung (Dr. Gero Neugebauer, Jöran Klatt, Robert Misik, Prof. Dr. Armin Pfahl-Traugher). Auf der dortigen ordentlichen Mitgliederversammlung der HDS e.V. wurden drei neue Vorstandsmitglieder, die den bisherigen Vorstand ergänzen, hinzugewählt: Prof. Dr. Christian Krell (HSPV NRW Köln und Universität Bonn), Dr. Carsten Schwäbe (FU Berlin) und Stefan Stader (Berlin/Köln).

Wie immer ist diese Halbjahreszeitschrift aus dem intellektuellen Netzwerk der *Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus e. V.* heraus entstanden. Wir finanzieren uns fast ausschließlich über die Vereinsmitgliedschaft, schon deshalb, aber natürlich vor allem mit dem Argument, mitdiskutieren und mitarbeiten zu können, werben wir um neue Mitglieder. Auch in diesem Heft finden sich wieder die autonom gestalteten Seiten der *jungen Perspektiven*. Hendrik Küpper und Laura Clarissa Löw wurden hier diesmal tatkräftig von Lina-Marie Eilers und Lukas Marvin Thum unterstützt. Gerade hier finden sich wieder pointierte Positionen von Jungsozialist:innen, die nicht allen gefallen werden, aber u.E. für den Diskurs enorm wichtig sind.

*Kira Ludwig, Klaus-Jürgen Scherer*

# AKTUELL

Klaus-Jürgen Scherer

## Aspekte gereizter Polarisierung

Das aufwühlende Ereignis, das «getriggert sein», wie es heutzutage heißt, führt zu einer Affektpolitik, erschwert rationalen Diskurs, macht konsensorientierte Debatten, in denen gemeinsame und unterschiedliche Sichtweisen mit Bedacht abgewogen werden, seltener. Zu oft treffen diametrale Weltansichten in höchster Emotionalität aufeinander und entzweien gar manche Freundschaft. Im Herbst/Winter 2023 war es angesichts der kriegerischen Eskalation in Nahost wieder einmal so weit, nicht zuletzt angetrieben von den Zuspitzungen und *Fake News* der Internetblasen.

### Polarisierender Naher Osten

Auf der einen Seite diejenigen, die sich aus Verantwortung vor der deutschen Geschichte, mitunter vor dem Hintergrund der beschwiegene Schuld in der Familie und der eigenen Gegensozialisation, ein Leben lang gegen die Gefahr von rechts, gegen alten und neuen Antisemitismus engagiert hatten, für die nach dem Holocaust die «Staatsräson» des Existenz-

rechts Israels zum essenziellen Bestandteil bundesdeutscher Demokratie gehört. Auf der anderen Seite jene, oft mit arabisch-türkischem Hintergrund, die immer schon alle Muslime als Opfer sahen, in deren Weltbild man der Demokratie gleichgültig bis abschätzig («Scharia», «Kalifat») gegenübersteht und die anfällig sind für antisemitische Stereotype («schuld sind die Juden»). Sowie auf derselben Seite diejenigen, die – wie das Kollektiv *ruangrupa* der *documenta:15* – in postkolonialer Ideologie Israel zum imperialen Vertreter der USA erklären oder seit ein paar Jahren gleich alles über den Leisten des globalen Südens unterdrückenden «weißen Mannes» schlagen. Bei vielen Muslimen basiert die kompromisslos-radikale Aggressivität auf persönlichen Verbindungen, auf Solidaritätsgefühlen und auf in ihrer Parallelgesellschaft gelernten Werten. In der akademischen Kulturlinken hat diese zu tun mit einem identitätspolitischen Aktivismus, der sich gegen Vernunft und Aufklärung für «erwacht» hält und sich jedem Diskurs, ob Argumente evidenzbasiert oder rational sind, entzieht. Diese eigentlich unmög-

liche<sup>1</sup> Koalition aus religiös-ethnischem Fundamentalismus und pseudoakademischer Rechthaberei der *woken* Linken aus den Kulturinstitutionen des Westens schreckte auf, ergänzte sie doch den gewissermaßen ewigen Antisemitismus der Rechtsextremisten.

Der Riss ließ sich nicht mehr kitten. Wie ein monströses mittelalterliches Pogrom, so viele Juden wie möglich zu töten, verstörte der barbarische Überfall der Hamas am 7. Oktober mit seinem Vandalismus, den Vergewaltigungen, der Mordlust und Folter, den Geiselnahmen. Nach der israelischen Reaktion, die Hamas inmitten des dicht besiedelten Gazastreifens vernichtend zu schlagen (damit diese die Sicherheit Israels nicht mehr bedrohen kann), wurde den Juden nur noch wenig Empathie zuteil. Auch bei uns war das Bauen von Brücken nicht mehr gefragt: menschenrechtlicher Universalismus, Mitleid mit *jedem* Opfer zu haben, die Existenzangst der Juden wie das Leid in Gaza zu sehen, das «doppelte Trauma»<sup>2</sup> zu hinterfragen, die wirklichen Täter zu benennen und politische Ziele wie Zweistaatenlösung, Befreiung der Palästinenser vom Terrorregime, Entmachtung rechtsextremer Fundamentalisten in Israel.

Stattdessen prallten die polarisierten Narrative frontal aufeinander: Auf jüdischer Seite der existenzielle Schock, ihre

sichere Heimstatt verloren zu haben und nur wenig Mitgefühl zu erleben und sogar in Deutschland wieder antisemitisch bedrängt zu werden, jetzt auch von der muslimischen Parallelgesellschaft und aus dem kulturlinken akademischen Milieu heraus. Die erschütternde Erfahrung: Der Judenhass ist wieder grenzenlos geworden.

Auf der anderen Seite das weitverbreitete und – jenseits der demokratischen Institutionen laute – postkoloniale und islamistische Framing: «Freiheit für Palästina» (statt Befreiung *von* der Hamas), «gegen Genozid in Palästina» (dabei missbraucht die Hamas Menschen als Schutzschilde), für sofortigen «Frieden» (gäbe es, würde die Hamas jüdische Geiseln freilassen und die Waffen niederlegen), die Hamas als «Befreiungsbewegung» (statt als die Unterdrücker der Bevölkerung in Gaza<sup>3</sup>), die historisch einseitige Kontextualisierung von den Israelis als weiße «Siedlerkolonialisten» (statt des Narratives der brutalen Rivalität um Land zweier ethnisch-religiös verfeindeter Gruppen, die *beide* über berechnete Ansprüche verfügen).

Sicher sollte Israel in dem durch die Hamas provozierten Krieg mehr tun, um unschuldige palästinensische Zivilisten zu schützen. Doch die Verharmlosung des islamistischen Terrors bleibt die Entschuldigung des Unentschuldbaren.<sup>4</sup> Die antise-

1 Denken wir nur an die unterwürfige Rolle der Frau im Islam oder besser nicht daran, wie die Hamas die LGBTQ+-Gemeinde behandeln würde.

2 Vgl. Albrecht von Lucke: «Israel – Palästina. Das doppelte Trauma», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/23, S. 5 ff.

3 Tatsächlich ist die Hamas nicht nur eine Terrorarmee, sondern auch eine soziale Bewegung. Das waren die Nationalsozialisten aber auch. Dies macht es schwieriger, zwischen unschuldigen Zivilisten und Hamas-Anhängern bzw. Hamas-Aktivistinnen zu unterscheiden. Man hört, die Kriegsführung der Israelis versuche sich gemäß dem Völkerrecht auf militärische Ziele zu konzentrieren, dennoch sind die zivilen Opferzahlen (zu) hoch. Erinnern wir uns an den Zweiten Weltkrieg. Da galt die Bombardierung und Auslöschung ganzer deutscher Innenstädte mit hohen Opferzahlen als legitimes Mittel die Nazis niederzuringen; man wollte den Durchhaltewilligen des deutschen Volkes brechen, erreichte aber wohl das Gegenteil.

4 In vielen Erklärungen Pro-Palästina wird das Massaker der Hamas, wie in der aus der Kunstszene im ARTFORUM (19.10.2023), sogar verschwiegen.

mitische Radikalisierung, wie sie offenbar jahrelang in muslimischen Parallelgesellschaften gepredigt wurde, und wie sie in der jüngeren Generation an Hochschulen, in Redaktionen und Kultureinrichtungen herangewachsen ist, war auf einmal wieder öffentlich zeigbar. Der fundamentale Unterschied zwischen einer westlichen Demokratie (selbst wenn dort Rechtsradikale in der Regierungsverantwortung sind) und einer Terrororganisation des totalitären «grünen Faschismus»<sup>5</sup> darf nicht verwischt werden.

## Polarisierte Mitte

Wir leben auch sonst nicht mehr in normalen Zeiten. Unsere politische Kultur wandelt sich tiefgreifend: «Schwierig geworden ist es auch, weil Deutschland in den vergangenen zwei Jahren von schweren, unvorhergesehenen äußeren Krisen erschüttert worden ist. Uns stellt das vor Herausforderungen, wie unsere Republik sie in dieser Konzentration und Härte wohl noch nicht erlebt hat.»<sup>6</sup> Das seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges herrschende Koordinatensystem ist in mancher Hinsicht zusammengebrochen. Kontinuierliches Wachstum, wachsender Wohlstand, nivel-

lierte Mittelstandsgesellschaft, Ausbau sozialer Sicherheit, Glauben an technischen Fortschritt, Zukunftsoptimismus, Friedensordnung, Vertrauen in das staatliche Handeln und die Volksparteien, in universelle westliche Werte und die europäische Demokratie – das sind bzw. waren zentrale Schlüsselbegriffe einer gefährdeten oder bereits untergegangenen Welt.

Dabei hat die Radikalisierung der Ränder derart zugenommen, dass deren Spaltungspotenzial bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Das jedenfalls ist die Kernaussage der aktuellen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.<sup>7</sup> Wobei diese Studie die Bedrohung der Demokratie von rechts analysiert und wenig berücksichtigt, dass neue Spielarten des Extremismus auch von links – siehe oben – oder als Querfront wirkmächtig sind. Denn auch vor der aktuellen Zuspitzung bedrängten der politisierte Islamismus, die postkoloniale Kulturlinke, sogenannte «race»-Theorien und radikalisierte «woke» Gender-Aktivist:innen die Demokratie.<sup>8</sup>

Die Mitte-Studie basiert auf sechs Dimensionen: Befürwortung von Diktatur, Nationalchauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus.

---

5 Besonders Bernard-Henri Levy benutzte diese, allerdings nicht unproblematische, Terminologie. Unstrittig ist die Frontstellung gegen die Grundwerte einer modernen Demokratie, die Absolutsetzung und Dogmatisierung der eigenen Positionen, die Absicht einer umfassenden Kontrolle der Gesellschaft im Namen des Islam und die gewaltsame, brutalstmögliche, menschenverachtende Durchsetzung der Ziele.

6 Olaf Scholz: *Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag*, 28.11.2023.

7 Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Makros (Hg.): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2023.

8 Vgl. zu Letzterem: Helen Pluckrose / James Lindsay: *Zynische Theorien. Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt – und warum das niemandem nützt*, München 2022. Julian Nida-Rümelin: «Cancel Culture». *Ende der Aufklärung? Ein Plädoyer für eigenständiges Denken*, München 2023. Susan Neiman: *Links ist nicht woke*, Berlin 2023. Der Rechtsextremismus beginnt nicht schon dort, wo der «gesunde Menschenverstand» einer gesellschaftlichen Mehrheit manchen identitären Aktivisteneifer für «verrückt» hält, das Leugnen gravierender Probleme unregelter Migration nicht mehr mitmacht oder sich in der Sprache und in Lebensstilfragen gegen Vorschriften und Verbote wehrt.

Das geschlossenen rechtsextremistische Weltbild verdreifachte sich von 2–3 % auf über 8 %. Dazu kamen noch einmal (vielleicht, anders als in den Medien kommuniziert, die eigentlich alarmierende Zahl!) 20 % in einem ebenfalls deutlich angestiegenen rechten «Graubereich». Der Rechtsruck zeigt sich darin, dass in der Mitte das Abrücken von demokratischen Einstellungen zunimmt. Es ist von demokratiegefährdenden Radikalisierungsprozessen die Rede. Es gibt zahlreiche Narrative der Rechten, die weit in die Mitte hinein verfangen. So stimmen 58 % zu, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt<sup>9</sup> sei, 63 % meinen, die demokratischen Parteien zerredeten alles und lösten die Probleme nicht.<sup>10</sup>

Eine Politik des Gemeinwohls, der gemeinsamen Werte, des Ausgleichs, der handlungsorientierten Kommunikation, des gegenseitigen Lernens, des Kompromisses und Brückenschlags zwischen Weltbildern, Klassen, Milieus und gesellschaftlichen Gruppen gerät in die Defensive. Vernünftige, auf Fakten und Problemanalyse sowie wertorientiertem Diskurs basierende Reformpolitik wird delegitimiert und oft ersetzt durch problematische Sichtweisen: ausgrenzend, verabsolutierend, moralisierend, aufgeregt-radikalisiert, situativ, symbolisch und skandalisierend. Dass die Rechtsextremen und Rechtspopulisten mittlerweile überall in der EU stärkste oder zweitstärkste Kraft sind, dass die Zustimmungswerte sozialdemokratischer Parteien eher nur noch zwischen 15 % und 25 % und nicht mehr bei 35–40 % liegen, dürfen zwei Seiten einer Medaille sein.

Die Stärke der Rechten ist auch die Schwäche der Narrative der Linken, die nicht mehr, was einst ihr besonderes Merkmal war, ein überzeugendes Bild von einer besseren Welt zu zeichnen vermag. Grundsätzliche Kritik an den Verhältnissen, Protest und widerständiges Verhalten führen wieder zu Wut und Hass von rechts. Die Linke verband Systemkritik immer mit einem Narrativ, das beschrieb, wohin die Reise in die Zukunft des Fortschritts gehen soll. Jetzt hingegen herrscht in den Worten von Axel Honneth «die Entkoppelung der Entrüstung von jeglicher Zukunftsorientierung, des Protests von allen Visionen eines Besseren»<sup>11</sup>. Anders formuliert: Die Antworten der Rechten sind eine rückwärtsgewandte Hoffnung, die sich auf eine nie da gewesene alte «heile Welt» bezieht.

Klar gibt es den Einfluss der tagesaktuellen Politik. Im Herbst 2023 waren bereits vier von fünf Wahlberechtigten wenig/gar nicht zufrieden mit der Arbeit der Ampel-Koalition. Statt 60 % (Anfang 2022) verbanden mit ihr nur noch 30 % (September 2023) einen «Willen zur Erneuerung».<sup>12</sup> Auch die durch das überraschende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gestoppte Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds durch 60 Milliarden ungenutzter Coronagelder dürfte den Eindruck mangelhafter Handlungsfähigkeit der Regierung verstärkt haben.

Zwei Drittel der AfD-Wähler wollen eben deshalb ihre Stimme dieser Partei geben, weil sie «von den anderen Parteien enttäuscht» sind, nur ein Drittel dezidiert wegen der «richtigen», rechten Positionen der

9 Ebenda S. 121.

10 Ebenda S. 117.

11 Axel Honneth: *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*, Berlin 2015, S. 15.

12 Allensbach Institut: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 21.9.2023, S. 8.

AfD. Die deutlichen Wanderungsbewegungen in der Hessischen Landtagswahl (8. Oktober 2023) von der SPD zur CDU und AfD wurden zurückgeführt auf die spalterische Dominanz des Migrationsthemas («staatlicher Kontrollverlust»), auf die monatelange Debatte um Zumutungen durch das sog. Heizungsgesetz («staatliche Bevormundung»), auf die als wenig sozial erlebte ökologische Transformation («Zukunfts- und Abstiegsängste»): In der Klimapolitik befürchtet jeder zweite für sich negative Auswirkungen.

Doch tagespolitische Konstellationen sind fluide, können sich relativ rasch wieder ändern. Erinnert sei an die Wende 2021 im Wahlkampf von Olaf Scholz. Doch hinter dem Tagespolitischen zeigt sich ein dramatischer Strukturwandel, der dazu führt, dass der Rechtsextremismus weniger denn je abschreckt, immer weniger isoliert ist. Rechnet man in Bayern die AfD und die Freien Wähler zusammen (Letztere gewannen durch den Skandal um den jugendlichen Antisemitismus von Hubert Aiwanger noch dazu!), so kommt man immerhin auf 30,4 % Wählerstimmen, die noch *rechts* von der eher rechts der Mitte angeordneten CSU liegen.

Dass die AfD zunehmend als normale Partei wahrgenommen wird, zeigen Erhebungen zur Frage, ob man die AfD auf keinen Fall wählen würde. 2020 hatten diese Frage noch 74 % bejaht. Heute sind es nur noch 55 %. Immer mehr Menschen halten die AfD für eine «normale demokratische Partei». Heute sind es laut Allensbach 27 Prozent, im Jahr 2016 waren es noch 17 Prozent. Dabei findet diese Normalisierung zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Partei so weit rechts steht wie noch nie zuvor. Und es ist nicht ausgeschlossen, dass die Werte für die AfD weiter steigen werden.

Heute gilt das nach allen Umfragen bisherige maximale Wählerpotenzial von 20–25 % als weitgehend ausgeschöpft, doch bei anhaltendem Normalisierungsprozess kann auch dieses weiter zunehmen.

## Polarisierung im Osten

Besonders stark ist die AfD in Ostdeutschland, wo sie inzwischen überall mit 32–36 % (Momentaufnahme Ende November 2023) auf Platz eins liegt. Zwar hat sie im Osten überdurchschnittliche Erfolge, ist aber kein hauptsächlich ostdeutsches Phänomen; bei der letzten Bundestagswahl kamen zwei von drei Wählerstimmen aus den westdeutschen Bundesländern und nicht aus dem bevölkerungsarmen Osten. Es gelingt der AfD in Ostdeutschland deutlich besser als im Rest des Landes, auch in den vorpolitischen Raum vorzustoßen, in Vereinen und Initiativen vor Ort präsent zu sein. Ostdeutschland fungiert als Kraftzentrum für die besonders rechts stehenden (und meist aus dem Westen kommenden) Vertreter der Partei, aber inzwischen auch für die AfD insgesamt. Hier kann sie sich als stärkste Kraft der Region beständig im Gespräch halten. Hinzu kommt: Jeder einzelne bundesweite Beitrag, der sich mit der Rolle der AfD im Osten befasst, ist für die Partei vor allem eines: eine Erfolgsmeldung.

Der Rechtspopulismus ist also kein ostdeutsches Phänomen, und doch ist Ostdeutschland ein besonderer Fall. Denn im Osten gibt es mehr Menschen, die durch den Zusammenbruch der DDR, durch flächendeckende Arbeitslosigkeit, durch die schnelle und totale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, durch die Entwertung ihrer Biografie usw. viele Lebenskrisen durchgemacht und existenzielle Un-

sicherheiten erlebt haben. Sie haben sich da entweder wieder herausgekämpft oder sehen sich immer noch in einer existenziell fragilen Lage. Sie achten jetzt sehr darauf, das zu verteidigen, was sie besitzen, auch gegen alles, was im öffentlichen Diskurs als Fremdes verhandelt wird. Deshalb sind sie besonders gegen Migration, dagegen, dass die Gesellschaft diverser wird, dass der Staat ihnen diktiert, wie sie leben sollen. So kann die AfD-Wahl im Osten auch ein Affekt gegen den Westen sein, von dem man sich entmündigt, ausgeschlossen, ja kolonialisiert sieht. Auf der Basis dieses Lebensgefühls erklärt sich der Erfolg des Bestsellers des Jahres 2023 von Dirk Oschmann *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*:

Im seit 1989 herrschenden Diskurs heißt «Osten» vor allem Hässlichkeit, Dummheit, Faulheit, heißt Rassismus, Chauvinismus, Rechtsextremismus und Armut, heißt also Scheitern auf der ganzen Linie – um nur die wichtigsten der vom Westen erfolgreich eingeführten Zuschreibungen zu nennen, die er auf diese Weise zugleich elegant aus der Selbstwahrnehmung ausgegliedert hat. «Westen» dagegen heißt (alte) Bundesrepublik, heißt Deutschland im eigentlichen Sinne, heißt Schönheit, Klugheit, Fleiß, heißt Weltoffenheit, Liberalität, Demokratie und Reichtum, heißt Erfolg auf der ganzen Linie – wiederum in der Zuschreibung des Westens, diesmal im Blick auf sich selbst. «Osten» ist immer das, was man nicht haben will, das fremde und falsche andere einer wesentlich niedrigeren Zivilisationsstufe.<sup>13</sup>

Das ist sicher starker Tobak. Wolfgang Thierse kritisiert daran, dass man so das

Erreichte, die Erfolge der letzten Jahrzehnte, verdrängt; diese könnte man besser mit Blick in die andere Richtung, auf die osteuropäischen Länder, erkennen. Und doch liegen diesem Lebensgefühl der Entzignung reale ökonomische Erfahrungen zugrunde. Ein Beispiel: Der steile Anstieg der Bodenpreise führt dazu, dass ländliche Häuser, seit Generationen in ostdeutschem Familienbesitz, kaum mehr weitervererbt werden können, weil man vielfach nicht in der Lage ist, die anderen Familienmitglieder auszubezahlen. Dann kauft der wohlhabende Wessi aus Berlin und verwandelt die Immobilie in einen edlen Zweitwohnsitz – und wundert sich anschließend darüber, dass die Einheimischen ihm ablehnend gegenüberstehen.

Der Soziologe Steffen Mau stellte jüngst den Begriff *veränderungser schöpft* in den Mittelpunkt, um die Stimmungslage auf den Punkt zu bringen, die offensichtlich dem Reformaufbruch zu neuem ökologischen Fortschritt entgegensteht:

Polarisierungsunternehmer wie die AfD bestimmen immer stärker den Diskurs, diktieren die Themen, über die öffentlich verhandelt wird. Mittlerweile gibt es große Teile der Bevölkerung, die sich angesichts des rapiden Wandels überrollt oder abgehängt fühlen. Die Unsicherheit bei vielen ist groß. Wenn dann Liberale oder Progressive kommen und ihnen sagen, sie müssen sich permanent verändern, um sich an die Welt anzupassen, fällt das Angebot der AfD auf fruchtbaren Boden. Sie verspricht Entlastung und gaukelt Sicherheit vor, indem sie sagt: Du kannst bleiben, wie du bist, die Welt muss sich an dich anpassen. Das trifft natürlich de facto nicht zu, aber

13 Dirk Oschmann: *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023, S. 121 f.

Teile der Gesellschaft sind veränderungserschöpft, da kommt es an. In Ostdeutschland noch stärker.<sup>14</sup>

## Ausmaß gereizter Polarisierung

Mit dem Abebben der Bedrohung durch die Coronapandemie wurden auch die über zwei Jahre erbittert geführten Streitfragen des Maskentragens und erst recht der Impfverweigerung nachrangig. Heute kann man darüber, ob, wie häufig und wogegen man sich impfen lässt, entspannt reden, ohne den anderen für einen asozialen *Superspreader* zu halten, oder für jemanden, der von Staat, Wissenschaft und Pharmaindustrie manipuliert wurde. Doch das Muster des Unversöhnlichen und des gegenseitigen Unverständnis ist vorgezeichnet, es verselbstständigte sich und verschwand nicht mehr.

Bis hin zur politischen Kontroverse um die «fehlenden» 60 Mrd. Euro als Folge des Bundesverfassungsurteils vom 15. November 2023 zum Umgang mit der Schuldenbremse. Auch hier prallten zwei entgegengesetzte Meinungen hart aufeinander. Auf der einen Seite diejenigen, die die Schuldenbremse, wie sie ist, verteidigen und dem Grundsatz huldigen, der Staat solle nur ausgeben, was er einnimmt. Und die letztlich eine Sparpolitik, besonders im sozialen Bereich, propagieren, insofern sie auch Einnahmeverbesserungen durch Steuererhöhungen für Reiche ausschließen. Auf der anderen Seite diejenigen, die die Notwendigkeit sehen, die Schuldenbremse auszusetzen und zu reformieren. Die von den Folgen der Coronapandemie über die Jahrhundertflut im Ahrtal bis zur Energiepreisexplosion infolge des russischen An-

griffskrieges gegen die Ukraine auf die besondere Notlage des Staates verweisen. Und die vor allem (so ja auch das Fortschrittsprogramm der Ampel) außerordentliche staatliche Investitionen für notwendig halten, u. a. zur ökologischen und digitalen Transformation der Wirtschaft, zur Modernisierung der maroden Infrastruktur, zum Voranbringen der Energiewende für einen auch in Zukunft wettbewerbsfähigen klimafreundlichen Wirtschaftsstandort.

Die gereizte Polarisierung ist allüberall. Das gilt auch für den archimedischen Punkt in der Migrationsfrage, ob man grundsätzlich für Schließung *oder* für Öffnung der Gesellschaft ist, wie für die Klimadiskussion. Dort verdüstert sich für die einen die Zukunft immer mehr durch neue wissenschaftliche Untergangsprognosen: selbst wenn alle vereinbarten CO<sub>2</sub>-Einsparziele umgesetzt werden, landen wir bei 2,5–2,9 Grad Erderwärmung. Während auf der anderen Seite die Haltung, *die Kirche mal im Dorf zu lassen*, an Zuspruch gewinnt, wo im Klimawandel nur noch *ein* Problem neben anderen (wie den Störungen durch Straßenblockaden der «Letzten Generation») gesehen wird. Auch in den Debatten um die Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angreifer kam es zu tiefgreifenden Verwerfungen zwischen denen, die für Friedensinitiativen und Kompromisse eintraten («Putinversther») und denjenigen, die auf ein stärkeres militärisches Engagement und neue Waffenlieferungen setzten («Bellizisten»). Auch die Frage, ob man mit AfD-Wählern zivil umgehen und mit ihnen reden solle *oder* denen nicht einmal die Hand geben dürfe, sie mit Verachtung strafen und isolieren müsse, polarisiert. Auch die sprachpoliti-

14 Steffen Mau in: *Süddeutsche Zeitung* 2./3. September 2023, S. 6.

sche Frage, ob das Gendern durchgesetzt werden soll *oder* bei aller Sprachsensibilität auf diese eigenartigen Sternchen und Doppelpunkte besser verzichtet wird, spaltet häufig. Weitere Beispiele von Diskursen gereizter Polarisierung ließen sich finden, etwa die Gegenüberstellung von Klassenpolitik und Identitätspolitik, die ein Hauptargument der gerade entstehenden Personenkultpartei Sahra Wagenknecht ist.

## Grenzen gereizter Polarisierung

Doch *This is not America*. Bei allen Diskursen gereizter Polarisierung gibt es bei uns mehr Allianzen und Schulterschlüsse, es gibt (noch?) kein klares Gegeneinander unterschiedlicher Sozialstrukturgruppen, auch das Land-gegen-Stadt ist weniger stark ausgeprägt als etwa in Frankreich. Es gibt immer noch eine Mehrheit in der Mitte, die nicht den radikalisierten Polen anhängt. Zu dem Fazit, «dass das häufig gezeichnete Bild einer gespaltenen Gesellschaft nicht zutrifft»<sup>15</sup>, kam jüngst Steffen Mau (mit Thomas Lux und Linus Westheuser).

Seine soziologische Bestandsaufnahme unterscheidet vier Arenen, in denen jeweils spezifische Spannungsverhältnisse von Konflikt und Konsens dominieren, aber eben kein einfaches Dafür und Dagegen herrsche: In der *Oben-Unten-Arena* überwiegen meritokratische Verteilungsnormen und horizontale Positionskämpfe, die klassenpolitische Mobilisierung dominiert nicht. Die *Innen-Außen-Arena* mit der Migrationspolitik ist demgegenüber spannungsreicher: Regulierung, Begrenzung und Integration

sind die umstrittenen Themen. In der *Wir-Sie-Arena* der Identitätspolitik weist der Zug der Zeit Richtung Liberalisierung, doch Konflikte über Entgrenzungsbefürchtungen («das geht zu weit») bleiben. In der *Heute-Morgen-Arena* der Klimapolitik spricht Mau vom «Klassenkonflikt im Werden»: Über Geschwindigkeit und Tiefe des ökologischen Umbaus dürfte die soziale Frage hier neue Relevanz erlangen.

Wir sehen, eine harmonische Gesellschaft ist dies auch nicht. Das Konzept der «Triggerpunkte» zeigt, dass einzelne Themen (so unsere skizzierten Erfahrungen) großes Erregungspotenzial besitzen können. Triggerpunkte sind neuralgische Stellen, an denen besonders aufgeladene Konflikte aktiviert und affektiv aufgeladen werden können. So kann die Debatte nach wahrgenommenen Ungleichbehandlungen, Normalitätsverstößen, Entgrenzungsbefürchtungen und Verhaltenszumutungen durch die Decke gehen:

Die schwache ideologische Auskonturierung der breiten politischen Mitte und die Bindungsschwäche etablierter Parteien öffnen zugleich aber Räume für neue Formen der Politisierung und der «Affektpolitik». Dabei bieten kontroverse Themen – insbesondere solche, die «triggern» und affektbesetzt sind – Eingriffspunkte, die auch von Polarisierungsunternehmern genutzt werden.<sup>16</sup>

Wieweit dies die Gesellschaft wirklich spaltet, werden auch die Wahlen des Jahres 2024 entscheiden. Anlässe zu Diskursen gereizter Polarisierung dürften jedenfalls eher zunehmen. ■

15 Steffen Mau / Thomas Lux / Linus Westheuser: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin 2023, S. 25.

16 Ebenda S. 29.

# SCHWERPUNKT BEDRÄNGTE DEMOKRATIE

Gero Neugebauer

## Das deutsche Parteiensystem in Bewegung

### Vorbemerkung

Gegenstand des Beitrags ist die Situation im deutschen Parteiensystem, im Besonderen wie es sich im Bundestag darstellt. Politikwissenschaftliche Definitionen des Begriffs Parteiensystem, u. a. seiner Struktur – welches Format hat es und ist es fragmentiert – sowie seiner Eigenschaften – wie stark polarisiert und wie stark segmentiert es ist, werden weder vorgestellt noch kommentiert.<sup>1</sup> Da über das Parteiensystem in Bewegung gesprochen wird, soll kurz auf die internen und externen Faktoren hingewiesen werden, die die Entwicklung des Systems bestimmen; auf einige davon wird im Text Bezug genommen.

Zu den internen Faktoren zählen die Anzahl der Parteien und ihre Entwicklung, ihre Stärke und ihre Machtstruktur (dominierende und marginale Parteien), die Exis-

tenz hegemonialer Parteitypen, die Kooperationsstrukturen und -verfahren (Regierung und Opposition) und die ideologische Distanz zwischen den Parteien sowie ihre Haltung zum politischen System.

Externe Faktoren sind neben der staatlichen und ggf. der ethnischen Gliederung (Zentralstaat, Föderation, nationale Minderheiten) das jeweils geltende Recht, d. h. das Staats- und Verfassungsrecht, das Wahl- und das Parteienrecht, die Herrschaftsformen, relevante sozioökonomische Faktoren, die gesellschaftliche Konfliktstruktur sowie internationale Rahmenbedingungen, die nationale Faktoren beeinflussen (z. B. die europäische Integration). Die Interdependenzen zwischen den Faktoren bestimmen wesentlich die Existenz und die Funktionsweise des Systems.

Im Parteiensystem sind nach 1945 und besonders seit 1949 eine Reihe von Parteien mit unterschiedlichen ideologischen

---

<sup>1</sup> Vgl. zu Parteienseiteneigenschaften und Systemtypen Oskar Niedermayer, Die Verfestigung des pluralistischen Parteiensystems, in: Uwe Jun / Oskar Niedermayer (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021*, Springer VS, Wiesbaden 2023.

Profilen und zu unterschiedlichen Zwecken gegründet worden. Im westdeutschen Teilsystem haben nur wenige von ihnen auf Dauer auch im Bundestag existiert, weshalb dort für eine längere Zeit eine gewisse Kontinuität geherrscht hat.<sup>2</sup> Im ostdeutschen, von der hegemonialen SED angeführten System der Blockparteien existierten vor der Gründung der DDR drei 1945 bzw. 1946 gegründete Parteien sowie zwei weitere marginale Parteien, deren Gründung von der SED initiiert war und die als eine Art Zielgruppenorganisationen funktionierten. In diesem 1949 auch in der Volkskammer etablierten System haben weder in der Anzahl der Parteien noch in den Beziehungen zwischen ihnen Veränderungen stattgefunden. Das geschah erst im Zusammenhang mit der ersten demokratischen Wahl im März 1990, als das Wahlrecht und das Wahlsystem geändert und neue Parteien gegründet wurden. In der alten Bundesrepublik etablierte sich zwischen 1949 und 1961 bei fortschreitender Akzeptanz der Grundlagen des politischen, sozialen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (Basiskonsens) ein Parteiensystem, in dem das bürgerliche Parteienlager dominierte; in diesem Zeitraum entstand eine strukturelle Asymmetrie zugunsten der CDU/CSU. Nach 1961 begann eine Phase des Abbaus der Asymmetrie zwischen CDU/CSU und SPD sowie des Aufstiegs der SPD zur Regierungspartei, begleitet vom Abbau der Polarisierung im Parteiensystem sowie dem vorläufigen Ende der Regierungsführung durch die Union 1969. In der daran anschließenden bis 1982 andauernden Phase der Do-

minanz des sozialdemokratisch geführten Regierungsbündnisses mit der FDP begannen sich vor dem Hintergrund der Krise und der beginnenden Modernisierung des politischen und des gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik die Grünen zu etablieren. Das verhinderte nicht die 1982 beginnende Rekonstruktion der Dominanz des bürgerlichen Parteienlagers im Parteiensystem, das sich bis 1998 trotz der im Zuge der deutschen Vereinigung stattfindenden Herausbildung eines gesamtdeutschen Parteiensystems und einer neuen innerdeutschen Konfliktlinie (Ost-West-Konflikt) bei gleichzeitiger Entwicklung eines ostdeutschen Flügels und zunehmender Fragmentierung und Polarisierung im Parteiensystem stabilisierte. Die rot-grüne Koalition 1998 markierte den Beginn der Phase der vorläufigen Aufhebung der Asymmetrie sowie des Abschmelzens des Ost-West-Gegensatzes bei gleichzeitiger Zunahme der Bedeutung des sozialen und Wertewandels für das Parteiensystem. Das Scheitern der rot-grünen Koalition 2005 leitete den Wechsel der Dominanz der großen Parteien hin zur Union und damit zur strukturellen Asymmetrie ein. Gleichzeitig wurden die Bündnisgrünen stärker und das gesamtdeutsche Parteiensystem durch die Vereinigung von PDS und WASG komplettiert. Diese Entwicklung leitete den Wechsel zu einem stärker pluralistischen System ein, in dem sich durch die Gründung der AfD 2013 eine Partei entlang eines Konflikts über die Frage der europäischen Integration etablierte; die Bedeutung des Konflikts für den Aufstieg der Partei zu einer in Teilen rechtsextremen Partei war danach zweitrangig.

2 1949 waren noch 12 Parteien im BT vertreten, 1953 sank die Zahl auf 7 und 1957 auf 5. Danach blieb sie bis 1980 konstant bei 4, um danach auf 5 und ab 1990 bis 2009 auf 6 zu steigen. Nach 2013 (5) stieg sie 2017 auf 7 und 2021 auf 8 Parteien an.

2009 hatten Union und SPD zusammen rund 57 Prozent der Zweitstimmen erhalten. 2013 waren es mehr als 66 Prozent, davon über 41 Prozent für die Union, 2017 erzielten beide zusammen noch gut 53 und 2021 schließlich weniger als 50 Prozent (Union 24,1 %, SPD 25,7 %) der Zweitstimmen. Die Grünen konnten erst 2021 mit 14,8 Prozent ihr Ergebnis von 2009 (10,7 %) wieder übertreffen (2013: 8,4 %, 2017: 8,9 %). Die FDP, die 2009 mit 14,6 Prozent ihr bestes Ergebnis seit 1949 erhalten hatte, flog 2013 aus dem Bundestag, kehrte 2017 mit einem Ergebnis von knapp elf (10,7 %) Prozent zurück und verbesserte sich 2021 um 0,8 PP. Die AfD verfehlt 2013 knapp die Fünf-Prozent-Hürde (4,7 %), erreichte 2017 12,6 Prozent und erhielt 2021 mehr als zwei PP weniger (10,3 %). Da die LINKE, die 2009 noch knapp 12 Prozent (11,9) gewonnen hatte, 2013 nur 8,6 Prozent erzielte und 2017 über neun Prozent, 2021 mit 4,9 Prozent die Fünf-Prozent-Hürde verfehlte, dank dreier Direktmandate jedoch noch in den Bundestag kam, blieb zwar die Pluralität des Systems erhalten. Es veränderte sich jedoch seine innere Balance, was sich nach der Auflösung der Fraktion fortsetzen dürfte, wenn neben sechs Parteien in fünf Fraktionen zwei Gruppen und der Vertreter des SSW drei weitere Abgeordnete Parteien das Parteiensystem im Bundestag repräsentieren.

Diese Entwicklung spricht dafür, dass im deutschen Parteiensystem in Zukunft nicht mehr zwei große Volksparteien dominieren werden, sondern es aus einer Reihe von

größeren und kleineren Parteien bestehen wird. Denn das beschleunigte Abschmelzen alter sowie die Herausbildung neuer Milieus durch den ökonomischen und sozialen Wandel einerseits sowie Politikverdrossenheit und sich abschwächende Parteibindungen andererseits führen zum Wandel von Wertorientierungen und Politikpräferenzen, was wiederum ein volatiles Wählerverhalten begünstigt. Die Orientierung der Hauptparteien auf die Mitte der Gesellschaft, die lange Zeit Konzentrationsprozesse im Parteiensystem und den Abbau der Polarisierung begünstigt hat, ist an ihr Ende und das gesamte Parteiensystem umfangreicher geworden und politisch stärker in Bewegung gekommen.

Das wird zum Einem durch einen Blick auf das Gesamtsystem deutlich. Im September 2023 waren auf der Liste der Bundeswahlleiterin 120 Parteien verzeichnet. Seit 2022 hat es 44 neue Anmeldungen gegeben.<sup>3</sup> Zur BTW 2021 hatten sich 88 Parteien angemeldet, 54 davon wurden akzeptiert und 47, davon 40 mit Landeslisten, haben dann teilgenommen<sup>4</sup>; die Zahlen dokumentieren die quantitativen Veränderungen im Parteiensystem und dessen pluralistischen Charakter. Geringere Wahlergebnisse – die CDU/CSU erhielt 2021 24,1 Prozent, die SPD 25,7 Prozent der Zweitstimmen, womit beide weit von der als Nachweis für die Bezeichnung «Volkspartei» betrachteten 30-Prozent-Grenze entfernt sind – und sinkende Mitgliederzahlen der großen Parteien bestätigen<sup>5</sup>, dass es im deutschen Parteiensystem keine

3 Vgl. *Der Spiegel* Nr. 43/21.10.2023, S. 32.

4 bundeswahlleiterin.de: <https://is.gd/3hVJrC>.

5 Die SPD hatte 2013 noch rund 474 T. Mitglieder, 2022 waren es nur noch knapp 380 T. In diesem Zeitraum war die Zahl der CDU-Mitglieder von 467 T auf 372 T gesunken, die der CSU von 148 T auf 132 T und die der LINKEN von 64 T auf 57 T. Zugelegt von 61 T (2013) auf 126 T hatten die Grünen, die FDP von 57 T auf 77 T und die AfD von 17 T auf 29 T.

«echte» Volkspartei mehr gibt. Zudem haben sich die großen milieugebundenen Wählerkohorten aufgelöst bzw. von «ihren» Parteien gelöst. Das für Volksparteien typische breite programmatische Angebot wurde in der politischen Praxis nur eingeschränkt umgesetzt und bestimmte Identitätsmerkmale wie das christliche Menschenbild bei der CDU oder der Wert «Soziale Gerechtigkeit» bei der SPD haben an Bedeutung eingebüßt bzw. sind kein Alleinstellungsmerkmal mehr; von «Sozialer Gerechtigkeit» sprechen mehrere Parteien, weshalb es notwendig ist festzustellen, ob die sozial- oder die christdemokratische Gerechtigkeit oder die der LINKEN gemeint ist. Dennoch sprechen CDU und CSU und neuerdings auch wieder die SPD von sich als «Volkspartei»; mehr als einen Anspruch können sie damit nicht behaupten. Und in den Medien widerspiegelt der fortgesetzte Gebrauch des Begriffs m. E. den Unwillen, von großen, mittleren, kleinen und kleinsten Parteien zu schreiben. Nur zur Erinnerung: Weniger Mitglieder bedeuten nicht nur geringere Beiträge, sondern auch geringere soziale Verankerung und Mobilisierungspotenziale sowie verringerte Rekrutierungschancen – und weniger Wähler führen zu geringeren Erstattungen.

Zum anderen zeigt sich das in der politischen Verortung der Parteien durch die wahlberechtigte Bevölkerung. Die beurteilt die Positionen der Parteien auf einer Links-Rechts-Skala. Dieses Urteil verändert sich, bedingt durch wechselnde Stimmungen und Einschätzungen von Parteipolitik und -personal immer wieder; zu abrupten Positionsveränderungen ist es bislang jedoch nicht gekommen. Allerdings fällt eine in

den letzten 30 Jahre nicht aufgetretene Spanne auf: 1994 betrug die Differenz zwischen der PDS als linkem Neuling im gesamtdeutschen System und der CSU als konservativem Gegenpol 5,6 Punkte. 2014 war sie auf 3,9 Punkte abgeschmolzen, um 2023 zwischen der Partei Die Linke und der AfD als Rechtsaußen-Partei auf 6,2 Punkte anzusteigen. Die Positionierungen lassen eine zunehmende Polarisierung erkennen: LINKE, SPD und Grüne bewegen sich leicht nach links, CDU und CSU nach rechts, die FDP steht in der Mitte (sic!): Auf einem Links (0) – Rechts (10) Kontinuum werden die LINKE bei 2,0 platziert, die Grünen bei 3,4, die SPD bei 3,9 und die FDP bei 5,0, rechts davon die CDU bei 5,5, die CSU bei 5,9 und die AfD bei 8,2. Die – leichte – Veränderung der Position der AfD von 8,4 auf 8,2, d. h. vom äußersten rechten Rand in Richtung Mitte, könnte der Verbesserung der Positionen der AfD in Umfragen und ihrer Wahlergebnisse seit 2021 in einigen Bundesländern geschuldet sein, möglicherweise auch der veränderten Selbstverortung der befragten Wahlberechtigten. Die ordneten sich 2017 noch auf der Position 4,0 ein, 2023 jedoch schon auf 4,8<sup>6</sup>, d. h. sie orientieren sich stärker nach rechts.

Auf das Parteiensystem wirken Veränderungen der Anzahl und des Charakters der Parteien ebenso ein wie Entwicklungen innerhalb der Parteien, aus denen sich Rückwirkungen auf den Parteienwettbewerb ergeben. Das besonders dann, wenn Parteien an ihr politisches Ende gelangen, wenn sich in ihnen Kontroversen entwickeln, die zu Ausgründungen einer neuen Partei führen, wenn Zusammenschlüsse die Überle-

6 Vgl. Umfrage zur aktuellen politischen Stimmung in Deutschland – September 2023, *ARD, Infratest dimap*, S. 7 und 8.

benschancen kleiner und kleinster Parteien sichern sollen oder wenn eine neue Partei entlang eines neuen oder bislang nur unzureichend organisierten Themas oder Konflikts gegründet wird; das kann sowohl durch politische Unternehmer als auch aus zivilgesellschaftlichen Organisationen heraus geschehen. Beispiele für in jüngerer Zeit von politischen Unternehmern gegründete und politisch gescheiterte Parteien sind die Republikaner und die Schill-Partei, für erfolgreiche Gründungen stehen die AfD und die Grünen, Letztere aus diversen zivilgesellschaftlichen Organisationen heraus gegründet.

Die gegenwärtig dominierenden Krisen und durch sie bedingte politische Prozesse ihrer Bewältigung erzeugen innerhalb von Parteien Überlegungen und Schlussfolgerungen, die Fragen politischer Positionen oder politischer Kooperation betreffen, deren Veränderungen sich auf die gegenwärtige Struktur des Parteiensystems beziehen. Das betrifft zum Beispiel Koalitionsvorstellungen. Die bislang gepflegte Vorstellung, in Zukunft könnten die Grünen wie bislang in sechs Bundesländern mit der CDU und ggf. einer dritten Partei eine Koalition auf Bundesebene bilden, wird durch heftige Attacken der Führung der Bundespartei, in Bayern durch die CSU, auf die Grünen mehr und mehr in Zweifel gezogen. Anderes wie die gelegentliche geäußerte Vermutung, ostdeutsche Landesverbände der CDU würden möglicherweise die Linkspartei in Koalitionsüberlegungen einbeziehen, um nicht der AfD «ausgeliefert» zu sein, gehört wegen der unsicheren Zukunft der Linkspartei ins Reich der politischen Fabel. Wenn Abgeordnete der CDU oder parteinahe Gruppierungen wie die «Werte-Union» sich zu grundsätzlichen politischen Orientierungen äußern, die von

der Partei behaupteten Position «in der Mitte der Gesellschaft» abweichen, wird damit die Frage verknüpft, ob nicht mit der AfD eine Zusammenarbeit angestrebt werden sollte. Auseinandersetzungen in einzelnen Politikfeldern wie der Klima- oder der Migrationspolitik oder zur Rolle des Staates in der Sicherheits- oder der Wirtschaftspolitik zwischen Bundes- und Landespolitikern der Union sind oft zugleich solche über künftige mögliche Koalitionspartner, aber auch über Führungsfragen und -personal in der CDU. Stimmen, die für Ausgründungen plädieren, dürften angesichts des Schicksals der ehemals großen konservativen Parteien Italiens, Frankreichs oder der Niederlande nur in abhörsicheren Räumen geäußert werden – und dann verstummen, wenn die Sprache auf unterschiedliche Biografien europäischer konservativer Parteien als auch auf unterschiedliche administrative Strukturen und Regeln des Wahlrechts in Europa kommt.

In der Führung der AfD, die von allen Bundestagsparteien die größte ideologische Distanz zum parlamentarischen System und dessen Basis, die freiheitliche demokratische Grundordnung hält, werden Hoffnungen gepflegt, durch Angebote der CDU in Regierungen erst auf Landes- und dann auf Bundesebene einsteigen zu können. So wurden aus den Landesverbänden in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen Aussagen laut, die Zweifel an der Fortsetzung der Ausgrenzung der AfD durch die Bundes-CDU («Brandmauer») äußerten. Umgekehrt war die AfD lange Zeit kein Objekt der Begierde seitens der CDU oder der CSU. Doch seit der von der CDU und der AfD unterstützten Wahl eines sehr kurzfristig amtierenden Ministerpräsidenten der FDP im Februar 2020 in Thüringen und nach dem Gewinn weniger kommun-

ler Mandate 2023 und animiert durch hohe Zustimmungswerte bei gesamtdeutschen wie bei Umfragen in ostdeutschen Ländern, betreibt die AfD eine Art Imagepflege als bürgerliche und zur Koalition mit der CDU bereite Partei. Das scheint nicht nur in Teilen der CDU zu wirken. So meinte die Marburger Politikwissenschaftlerin Isabelle Borucki, dass sich die Parteien verstärkt Gedanken über die Regierungsbeteiligung der AfD machen müssten: «Über den Punkt, um die AfD herum zu regieren, sind wir längst hinaus». Es gehe nicht mehr, sie «bei solcher Mandatsstärke völlig zu ignorieren». Die Frage sei, ob man versuche, die AfD in der Regierung zu entlarven (? d. Verf.), oder ob andere Parteien deren Programm vorzuziehen sollten – zu dem Preis, ihr eigenes Profil zu schwächen<sup>7</sup>. Nun ja, man kann sarkastisch reagieren<sup>8</sup> oder aus Angst vor dem Tod Selbstmord begehen. Doch welche AfD hat Frau Borucki im Auge?<sup>9</sup> Die Entwicklung der AfD zu einer Partei mit völkisch-nationalen und damit auch rassistischen Positionen wird in programmatischen wie in Aussagen führender Vertreter der Partei deutlich. Das Konzept eines an einer «ethnischen Volksgemeinschaft» ausgerichteten Staates ist mit der durch das Grundgesetz definierten demokratischen Ordnung und

ihren Werten nicht vereinbar.<sup>10</sup> Die Einstufung eines zweiten ostdeutschen Landesverbandes der AfD durch den Verfassungsschutz als «gesichert rechtsextremistisch» macht das deutlich; andere LV stehen wie die Gesamtpartei unter Beobachtung des Verfassungsschutzamtes des Bundes und der Ämter in den Ländern<sup>11</sup>.

Wie erreicht die AfD die Zustimmung? Sie kehrt, simpel formuliert, die Honecker-Parole «Vorwärts immer, rückwärts nimmer» in «Rückwärts immer, vorwärts nimmer» um und erweckt mit der Losung «Wir wollen unser Land zurück» Erinnerungen an Zeiten sozialer Stabilität in der DDR und an Fremde, die dort in Kasernen oder unter Getto ähnlichen Bedingungen hausten und in der Regel unter sich blieben. Nun verschafft sich die AfD eine durch Kritik an der Migrationspolitik sowie an tatsächlich erfahrbaren materiellen Mängeln der Transformations- und Vereinigungspolitik sowie deren sozialen und kulturellen Folgen gespeiste Zustimmung. Diese Zustimmung *würde* durch die Kenntnis der Grenzen, die ihr bei der Umsetzung ihrer Migrationspolitik gesetzt wären, ebenso wie der Inhalte ihrer programmatischen wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen erheblich reduziert werden. Doch bislang gelingt es der

7 So im *Deutschlandfunk* in den Informationen am Abend, 11.11.2023 (keine Karnevalsendung), deutschlandfunk.de: <https://is.gd/vHqgIG>, gel. 16.11.2023. Borucki ignoriert z. B. die im Bundestag und in Länderparlamenten übliche Praxis, der AfD Zutritt zu bestimmten Positionen (Vizepräsident) zu verwehren.

8 «Leute, esst Pferdeäpfel! Millionen Fliegen können nicht irren!» Slogan an einem französischen McDonald-Restaurant zur Zeit einer Boykott-Kampagne französischer Landwirte. McDonald weigerte sich, ihnen Rindfleisch abzunehmen, weil die Kunden mit dem genügend vorhandenen US-Fleisch zufrieden wären.

9 Vgl. W. Schröder / B. Weßels: *Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024*, Otto-Brenner-Stiftung, Arbeitspapier 59, Frankfurt a. M. 2023 (nur online).

10 Vgl. Michaela Heilbronner: «Könnte ein Gericht die AfD verbieten?», in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.11.2023, S. 10.

11 Im Verfassungsschutzbericht 2022 des BfA heißt es: «In Verlautbarungen der Partei und einer Reihe von Funktionsträgern kommen ein ethnisch-kulturell geprägtes Volksverständnis sowie fremden- und minderheitenfeindliche [...] Positionen zum Ausdruck. Innerhalb der AfD gingen extremistische Strömungen zudem gestärkt aus den Vorstandswahlen auf dem Bundesparteitag im Juni 2022 hervor.» verfassungsschutz.de: <https://is.gd/ZfsLdM>, S. 50, gel. 18.11.2023.

AfD, ihre vorwiegend aus den sozial schwächeren Schichten und Gruppen stammenden Wähler darüber im Unklaren zu lassen, was sie diesen programmatisch anzubieten hat – und dass sich durch die Umsetzung in konkrete Politik deren soziale Lage nicht, die aber mancher anderer aus der Mittelschicht schon, verbessern würde. Dass es in der Union und in der FDP mit der AfD vergleichbare Positionen gibt, was manche Zustimmung aus deren Reihen beispielsweise zu Anträgen der AfD in Landesparlamenten erklären könnte, trägt zu der Vorstellung bei, es könnte eine Akzeptanz der AfD als Koalitionspartei geben, was sicher größere Bewegung in die Koalitionspolitik bringen würde.

Bewegung im Parteiensystem zu erzeugen, hofft auch Sahra Wagenknecht infolge der Erweiterung des Parteiensystems durch eine neue Partei, die sie zu gründen beabsichtigt. Die Ausgründung aus der Linkspartei beschert ihr quasi durch die Seitentür den Eintritt in den Bundestag und das Parteiensystem, ohne sich vorher an einer Wahl beteiligt zu haben. Ob die Gründung den angestrebten Erfolg erzielen kann, muss abgewartet werden. Insofern gründen sich alle Einschätzungen auf Aussagen aus dem Gründerkreis und auf in der Regel wenig zuverlässige Informationen aus Umfragen. Das «Bündnis Sahra Wagenknecht» (BSW) soll für sowohl Wähler attraktiv werden, die zu vertreten lange Zeit die LINKE behauptet hat, ohne dafür beispielsweise durch ihre Wahlergebnisse einen ausreichenden Beweis antreten zu können, als auch für Wechsel- und Nichtwähler. Ob sie es schafft, dass sich die Wähler durch eine an tradierte «altlinke» sozialpolitische Vor-

stellungen angelehnte Politik der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, soll heißen der – von der AfD abgelehnten – höheren Besteuerung großer Vermögen und Einkommen sich ihr zuwenden, muss abgewartet werden. Diese von ihr – wie von der AfD – als «normale Menschen» titulierten Wähler könnten dadurch irritiert werden, dass sie mit ihrer Wirtschaftspolitik «der Vernunft», den Begriff verwendet auch der hessische CDU-Ministerpräsidenten Boris Rhein, kleine und mittlere Unternehmen als Repräsentantin ihrer Interessen ansprechen will. Manche werden sich fragen, ob die BSW-Partei eine Politik gegen die Marktmacht der Monopole umsetzen und eine relative Marktfreiheit garantieren kann und wie sich ihre wirtschaftsfreundliche Haltung mit ihren sozialen Versprechen verträgt, die ihr in Gruppen der Unterschicht und unteren Mittelschicht Zustimmung beschern sollen; sie müsste zudem die in diesen Gruppen herrschende Wahlabstinenz überwinden. Schichten übergreifend hofft Sahra Wagenknecht zudem, durch eine populistische, materielle wie kulturelle Vorurteile gegen Fremde bedienende Argumentation, ohne dabei rassistisch aufzutreten, Zustimmung für ihre restriktive Migrationskonzeption zu erreichen – und sich zugleich gegen die AfD abzugrenzen, der sie nicht nur mit ihrer Migrationspolitik, sondern auch mit ihrer Innen- wie ihrer Europapolitik Konkurrenz machen will. Allerdings dürfte sie nicht bei denen Zuspruch finden, die links denken, sondern bei denen, die national denken, die ausgrenzen und nicht integrieren wollen<sup>12</sup>. Doch solange die neue Partei nicht existiert und bei Wahlen erfolgreich

12 Vgl. Horst Kahrs: «Kulturkampf mit Wagenknecht. Zum politischen Potenzial einer linksautoritären Partei», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2023.

agiert, lässt sich die Frage nach der Zustimmung aus dem Nichtwählerlager und aus anderen Parteilagern nicht beantworten. Einige Umfragen suggerieren Gewinne aus dem FDP- und vor allem dem AfD-affinen Wählerumfeld sowie dem Nichtwählerlager. Eine bezüglich des Realitätsgehalts der Resultate zuverlässige Umfrage kommt zu anderen Ergebnissen. Die lassen ihr kaum Hoffnung, relevanten Zuspruch aus dem Lager von CDU/CSU und FDP zu erhalten. Auch Anhänger der SPD und der AfD zeigen sich von der BSW-Partei wenig überzeugt; bislang würden nur wenige diese bei der nächsten Wahl wählen. Der Beifang aus dem Lager ehemaliger Wähler der LINKEN ist am größten<sup>13</sup> – und der aus dem Nichtwählerlager unbekannt.

Stärker als das bayrische Wahlergebnis hat das hessische, für das der Landesverband wie der Bundeskanzler verantwortlich gemacht worden sind, die SPD in Bewegung gebracht – in Richtung der Union. Nach der Koalition in Berlin wird nun auch in Hessen eine Koalition zwischen CDU und SPD arrangiert; in beiden Ländern wurden bzw. werden die Grünen in die Opposition verwiesen. Damit ignoriert die Partei die bisher bei allen Großen Koalitionen gemachte Erfahrung, dass sie von solchen Koalitionen dann nicht profitiert, wenn sie nicht die entscheidende Reformkraft darstellt und die Union sich – wie im Wahlkampf 2021 demonstriert – programmatisch und personell in schlechter Verfassung befindet. Wie jüngst in Berlin negiert die SPD in Hessen diese Bedingungen; dort sind sich SPD und CDU im Bereich Migration und innere Sicherheit sehr nah. Die

Beziehungen innerhalb der Ampelkoalition zwischen der SPD und den Grünen sind aufgrund diverser Kontroversen offensichtlich nicht mehr geeignet, die zu Beginn der Koalition angesichts einer hohen programmatischen Übereinstimmung zwischen SPD und Grünen, zwischen Grünen und FDP war sie dagegen sehr gering, gepflegte Erwartung einer produktiven Zusammenarbeit zu behaupten. Kann das die zögerlich erscheinende Absage an das Angebot von Merz an die SPD erklären, die Grünen aus der Koalition zu entlassen und mit der CDU/CSU zusammenzuarbeiten?

Um den Weg zum Untergang verlassen und den Übergang zum Wiederaufstieg beschreiten zu können, *müsste* die SPD mehrere Erfolgsbedingungen erfüllen. Zu diesen gehört ein unverkennbarer Markenkern, der ihre Identität als besondere Partei kennzeichnet. Diese Identität gründet sich auf ein Leitbild, das Zielvorstellungen der SPD wie «Solidarität, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, innere Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität» miteinander verknüpft. Zwar sollen die jüngsten steuer-, wirtschafts- und finanzpolitischen Ideen aus dem WBH das «linke Profil» der SPD stärken. Zu fragen ist, ob sie nicht eher darauf gerichtet sind, in Hinsicht auf die nächste BTW Vertrauen in die Wirtschaftskompetenz der SPD zu kreieren, um die Kompetenzen des Kanzlers zu betonen? Das könnte wiederum den Verdacht wecken, die SPD würde sich stärker zum Kanzlerwahlverein entwickeln als es Not und ihr guttun würde. Das könnte sie in ihrem Wettbewerb mit den Grünen um solche Wählergruppen schwächen, die sich primär an sozialpoliti-

13 Im jüngsten PB geben 3% aller Befragten, darunter 10% ehemalige Wähler der LINKEN, an, die Partei von Sahra Wagenknecht bei der nächsten Bundestagswahl «auf jeden Fall» wählen zu wollen, 10% wollen das «wahrscheinlich» tun, 22% «wahrscheinlich nicht» und 57% «auf keinen Fall». *Politbarometer* November I, 2023

schen Vorhaben und Entscheidungen orientieren und dort Fortschritte eher bei diesen als bei der SPD sehen.

Die Grünen haben als Koalitionspartei Probleme, deren Lösungen das Parteiensystem in Bewegung bringen könnten, wenn dadurch die Grünen ihre Koalitionen aufgeben und nach neuen Partnerinnen suchen müssten. Auf der Landesebene hat sie Schwierigkeiten mit den Ministerpräsidenten der CDU, die wiederum ihre Probleme mit deren Bundesspitze haben und auf der Bundesebene ist sie Zielscheibe der CDU/CSU, denn die wollen die Grünen aus der Ampelkoalition herauslösen. In der Ampelkoalition sind es primär Probleme mit der FDP wegen unterschiedlicher Auffassungen hinsichtlich der Lösung von einigen Problemen sowie mit den Teilen der eigenen Partei, die zunehmend Zweifel an der Einhaltung grüner Werte angesichts der Politik der zunehmend pragmatisch agierenden Grünen in der Ampelkoalition haben. Dadurch haben radikal-ökologische sowie pazifistische Positionen innerparteilich an Gewicht und damit auch an Bedeutung für die Entscheidungsfindung verloren. In Hinsicht auf künftige Koalitionsbildungen galt für die Grünen das Prinzip: Alles ist möglich, auch Koalitionen mit der CDU/CSU auf Bundesebene. Übereinstimmungen in der Migrationspolitik, siehe MP Kretschmann und seine Nähe zur Migrationspolitik der Union, oder Kooperationen in Umweltfragen, siehe Autobahnbau in Hessen oder in Energiefragen (Kohleabbau in NRW), demonstrierten Annäherungen und Kompromisse zuungunsten bestehender Differenzen. Die Grünen setzen anscheinend auf eine CDU mit einem nahe der politischen Mitte agierendem politisches Personal; das will im Moment noch keine offenen Konflikte mit der

eher nach rechts orientierten älteren politischen Garde riskieren. Was die Partei gegenwärtig – noch – nicht sehr zu beunruhigen scheint, sind die Absetzbewegungen von zivilgesellschaftlichen und bislang den Grünen zugeneigten Organisationen.

Die von der Linkspartei ausgelöste Bewegung im Parteiensystem des Bundestags durch die Auflösung der Fraktion belässt sie dort mit einem geringeren Status als Gruppe; als Partei bleibt sie weiterhin existent. Grund des Ausgangs ist nicht eine Kontroverse zwischen Parteien im Bundestag oder eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, sondern der Willen einer Person, angesichts mangelnder Unterstützung ihrer Positionen und ihrer Person innerparteiliche Kontroversen auszulösen. Anstatt einen innerparteilich verbindlichen Konsens über die Grundlagen und Zielrichtungen der Politik der Partei herbeizuführen, stritten sich sowohl Partei- und Fraktionsspitze als auch einzelne Strömungen und Personen. Die Partei versäumte es, auf die Veränderungen in der Gesellschaft und damit auf neue Konflikte und Themen zu reagieren. Das wiederum führte zu nachlassendem Interesse der Wählerschaft an der Partei, die nicht in der Lage war, dieser den veränderten Verhältnissen adäquate Angebote anzubieten. Die Situation demobilisierte die Anhängerschaft, veranlasste Funktionäre zu abwartendem Verhalten und bewirkte politische Handlungsunfähigkeit, in deren Folge die Partei mehr und mehr die Unterstützung aus der Gesellschaft verlor. Da davon auszugehen ist, dass es in dieser Legislaturperiode nicht wieder zur Gründung einer Fraktion kommen wird, wird der Ausgang der BTW 2025 – oder jeder davor – entscheidend dafür sein, ob die Partei es schafft, in den Bundestag zurückzukehren und dann wie-

der als Alleinstellungsmerkmal die Außenposition am linken Rand des Systems einzunehmen oder einen neuen Nachbarn zu akzeptieren.<sup>14</sup> Der Parteitag im November 2023 hat entschieden, einen neuen Weg als linke Partei mit sozialen und klimapolitischen Zielen einzuschlagen. Ob dieser Weg Erfolg verspricht, wird im Wahlgebiet West entschieden werden; die Zustimmung im Wahlgebiet Ost dürfte angesichts der geringen Resonanz auf ökologische Positionen der Partei überschaubar bleiben. Das kann dazu führen, dass die neue Partei sich nicht sicher sein kann, bei der kommenden BTW die 5-Prozent-Hürde zu überwinden.

Fazit: Die Richtungen der gegenwärtigen Bewegungen im Parteiensystem sind widersprüchlich. Nach der Einschätzung der sich selbst zunehmend politisch nach rechts bewegendem Bevölkerung bewegen sich die Linkspartei, die Grünen und die SPD von der Mitte weg nach links, während sich CDU und CSU umgekehrt nach rechts und die weit rechts stehende AfD leicht zur Mitte hinbewegen; dort wird die FDP platziert. In Umfragen dagegen finden die Parteien der von Mitte (FDP)-links (Grüne, SPD) Parteien gebildeten Ampelkoalition weniger Zustimmung als die rechten Oppositionsparteien CDU, CSU und AfD; die Linkspartei und andere erhalten weniger als fünf Prozent<sup>15</sup>. Die Grünen sind nach den letzten LTW in Berlin und in Hessen aus Länderkoalitionen ausgeschieden; der Sieger CDU hat für die neuen die SPD bevorzugt. Zunehmende Friktionen in der Ampelkoalition lassen Zweifel an der Haltbarkeit wachsen. Einerseits ist der Kanzler

Ziel von Angriffen der Opposition, andererseits erhält und macht er Angebote zur Kooperation – und erhält welche seitens der größten Oppositionsfraktion. Das deutet auf eine Bewegung der SPD nach rechts hin, während die Grünen links liegen gelassen und die FDP als notwendiger Lückenfüller betrachtet wird. Damit verändern sich in der Tendenz die ideologischen Distanzen, wodurch wiederum neue «alte» Beziehungen der Parteien im System möglich sind. Der CDU gelingt es noch, ihr durch Machterwerb und -erhalt geprägtes Profil zu wahren und eine grundlegende Modernisierung auf wenige Landesverbände zu beschränken; innerparteiliche Konflikte sind zu erwarten. Das Profil der Grünen verändert sich durch eine partielle Abkehr von identitätsstiftenden «grünen» Positionen sowie durch Bemühungen, ihre sozialpolitische Kompetenz auszuweiten. Dem setzt die SPD bislang nicht ausreichend genug Widerstand entgegen, wie überhaupt auffällt, dass sie weder auf ältere Reformkonzepte (Sozialstaatskonzept) zurückgreift noch eine Strategie entwickelt, die ihre spezifische Identität stärken und damit ihre Wettbewerbschancen verbessern würde. Durch die Position als führende Regierungspartei sieht sich die Parteiführung zu Loyalität und Verzicht auf öffentliche Kritik verpflichtet. Das wiederum bedingt de facto einen Stillstand in ihren Bemühungen, sich als Partei des gesellschaftlichen Fortschritts zu profilieren. Kein Wunder, dass der Eindruck zunimmt, dass in der Partei Tendenzen zur Bildung von Koalitionen mit den Unionsparteien verstärkt sichtbar

14 Nachdem die jüngsten Ergebnisse einer eher dubiosen «Potenzialanalyse» vorliegen, sieht sich Die Linke im Vorteil gegenüber dem BSW. Vgl. rosalex.de: <https://is.gd/5CpPze>.

15 «Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre», würde die SPD 16%, die Grünen 15% und die FDP 5% erhalten. Die CDU/CSU bekäme 30% und die AfD 21%, Linke 4% und Freie Wähler 3%, die Sonstigen 6%. FGW, Politbarometer November I, 2023 Repräsentative Umfrage – KW 45.

werden; deren Realisierung dürfte den Niedergang einer Partei ohne Reformkonzept beschleunigen. Der selbst verschuldete Ausgang der Partei Die Linke als Fraktion aus dem Parteiensystem im Bundestag als Konsequenz profilschädigender innerparteilicher Kontroversen und ihre Abstufung zu einer parlamentarischen Gruppe reduziert ihre Wahrnehmungs- und ihre Wirkungsmöglichkeiten in der Öffentlichkeit erheblich. Eine reformunwillige SPD mit diffuser Identität und eine vorerst in der Erinnerung stärker als in der politischen Wirklichkeit präsenste Linkspartei sind keine Voraussetzungen für ein wirksames linkes Lager im Parteiensystem, in dem statt Bewegung Stillstand herrschen dürfte. Ob und wie die neue Partei BSW sich diesem Lager zugesellen will und wird oder als eine «sowohl – als auch» Partei versuchen wird, eine Scharnierfunktion zu besetzen, was auch dazu führen kann, zwischen allen Stühlen zu sitzen, das kann nicht beurteilt werden, solange diese Partei politisch nicht agiert. Von deren Attraktivität ist auch die Stärke der Unterstützung der AfD abhängig, die bislang sowohl vom Auftreten und der Politik der Ampelkoalition als auch der Art und Weise der Oppositionspolitik der CDU/CSU erheblich profitiert, nicht nur, weil deren materielle Leistungsbilanz eher negativ bewertet wird, sondern weil damit zugleich Zweifel am demokratischen System verstärkt und rechtspopulistische Argumentationen gegen die Demokratie und ihre Grundwerte legitimiert werden. Das von der AfD – und gelegentlich von Politikern der Union und der FW – gepflegte rechtspopulistische und immer wieder auch rechtsextremistische Argumentieren beeinträchtigt nicht nur die politische Debattenkultur negativ. Durch rhetorische Gegenwehr allein wird der Ver-

trauensverlust in die demokratischen Institutionen und ihre Repräsentanten nicht verhindert. Eben so wenig würde ein Verbot der Partei dazu beitragen, dass von der AfD repräsentierte und von ihren Wählern geteilte antidemokratische Einstellungen verschwinden. Deshalb sind die demokratischen Parteien verpflichtet, sich ihrer Verantwortung für die parlamentarische Demokratie bewusst zu werden, nicht zuletzt deshalb, weil deren Existenz letzten Endes ihre eigene Existenz garantiert.

*These 1:* Eine Entwicklung zurück zu einem von zwei Parteien dominierenden System erscheint deshalb ausgeschlossen, weil es neben der einen noch großen Partei drei weitere von mittlerer Größe gibt, von denen die AfD als Koalitionspartner ausgeschlossen bleibt, während SPD und Grüne zurzeit keine Zweier-Koalition bilden können und weitere Parteien Chancen haben, im System aufzusteigen.

*These 2:* Angesichts der Entwicklung des Parteiensystems in Richtung Mitte-Rechts erscheint eine Bestätigung des gegenwärtigen Formats des Systems nach der kommenden BTW unwahrscheinlich. Dessen gegenwärtige Struktur kann auch angesichts der Wahlrechtsänderung nicht als gesichert betrachtet werden, wenn es trotz des Gewinns von Direktmandaten weder der CSU noch der Linkspartei gelingen sollte, die 5-Prozent Hürde zu überwinden.

*These 3:* Bewegungen im Parteiensystem sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Parteien im Zuge der Formulierung und Umsetzung ihrer Politik zur Lösung von Problemen gezwungen sein können, ihre Grundwerte zu *überprüfen und die Orientierung daran ggf. zu relativieren*,

wodurch veränderte Positionierungen im System resultieren können.

**These 4:** Die SPD hat in der Koalition bislang ein Alleinstellungsmerkmal nicht herausgearbeitet, das ihre Identität kennzeichnet: die soziale Gerechtigkeit. Ihre Markierung als Kanzlerpartei reduziert ihre gesellschaftliche Akzeptanz auf die Leistungsfähigkeit des Kanzlers<sup>16</sup>. Wenn die Partei SPD es unterlässt, von der SPD-Fraktion in der Regierungskoalition einen deutlichen Bezug auf eine an sozialdemokratischen Werten und Inhalten geprägte Politik zu fordern, und zugleich zulässt, dass sich die SPD in Politikfeldern wie der Migration Positionen aneignet, die ihren Markenkern beschädigen, dann wird sie ihren Niedergang in der Gunst ihrer Anhänger fortsetzen.

**These 5:** Die CDU wird nicht umhinkommen, sich zu modernisieren, um einerseits als konservative Partei ihre Positionen in neue Politikfelder wie der Klimapolitik einzubringen, andererseits um sich für Bündnisse zu öffnen, die ihr Chancen auf Machtgewinn und -erhalt bieten. Wenn sie sich nach rechts dem Fortschritt feindlich gegenüberstehende Parteien zuwendet, wird sie ihre Identität und damit die Voraussetzung für ihren inneren Zusammenhalt verlieren.

**These 6:** Die Furcht vor den Folgen eines Identitätsverlusts einerseits und ihr Wunsch nach einem Erfolg ihrer manches Mal sehr pragmatischen Politik andererseits kennzeichnen die Pole des Handelns der Grünen in der Koalition. Wenn es ihr in ihrer verbalen wie non-verbalen Kommuni-

kation nicht gelingt, deutlich zu machen, dass ihr politischer Pragmatismus nicht den Verzicht auf ihre Grundwerte bedeutet und dass das ihr unterstellte Selbstverständnis einer politisch-kulturellen Avantgarde mit gelegentlich arrogantem Beiwerk nicht ihr Auftreten, geschweige denn ihr politisches Handeln bestimmt, dann wird sie es schwer haben, ihr von konservativen Kräften der Union verliehenes Image einer «Anordnungspartei» loszuwerden und eine Schwarz-Grünen Koalition auf Bundesebene zu erreichen.

**These 7:** Die FDP demonstriert Stagnation statt Fortschritt als Leitmotiv ihrer Politik in der Koalition, um ihre Nähe zur Union und damit ihre Eignung als deren künftige Koalitionspartnerin zu beweisen; dem entspricht ihr Konfrontationskurs mit den Grünen im Kabinett wie ihr gelegentlich oppositionelles Verhalten im Bundestag. Eine eigenständigere Rolle als die eines Pudels an der Leine von Friedrich Merz ist nur dann möglich, wenn sich die FDP mehr in Richtung einer progressiven liberalen Partei bewegt.

**These 8:** Die Warnung von Marketing-Experten, dass die Änderung eines Logos das Produkt zerstören könnte, war der LINKEN wohl nicht bekannt. Die Ausgründung der BSW zwingt die Partei, Strategien gegen ihren Niedergang zu entwickeln, um ihren Untergang zu vermeiden. Der Versuch, in der Epoche des «Grünen Kapitalismus» als moderne linke radikal-ökologische Partei neue Anhänger zu finden und zugleich mit traditionellen sozialen Themen als klassische linke Partei akzeptiert zu werden,

---

<sup>16</sup> Im November 2023 beurteilten 51 % die Arbeit von Olaf Scholz «eher schlecht»; die Leistung der SPD wurde mit -0,4 bewertet (Grüne: -0,8, FDP: -0,9). Ebenda (Fn. 15).

kann gelingen, wenn innerparteiliche Konflikte zwischen der einen wie der anderen Linie vermieden werden, wozu ein in der alten LINKEN bislang nicht bekanntes Konfliktmanagement, nämlich die Akzeptanz von Regeln und der Schutz von Meinungen, angewendet werden sollte.

**These 9:** Die Absicht, eine Partei aus der LINKEN auszugründen, hat viel Medienaufmerksamkeit und damit zugleich unterschiedliche Medienunterstützung erfahren, weshalb die Gründung der Partei «BSW» als unumgänglich betrachtet wird, sollte die Ankündigung nicht nur dazu dienen, Bewegung in das Parteiensystem zu bringen. Kursorische Aussagen über die beabsichtigte Politik, Gerüchte über Personalentscheidungen sowie – in der Regel mit Vorsicht zu betrachtende – Ergebnisse von Umfragen über Wählerpotenziale lassen kein eindeutiges Profil erkennen. Kennzeichnungen als «linksautoritär» oder «linkskonservativ» und Ansagen, die Partei wolle sich sowohl für soziale Belange der Unterschicht als auch der unteren Mittelschicht einsetzen, zugleich aber ökonomische Interessen kleiner und mittlerer Unternehmer vertreten, können als Aussagen über Synthesen bestimmter Werte sowie gegensätzliche Positionierungen auf der sozio-ökonomischen Konfliktachse gewertet werden. Über die Position der Partei BSW im Parteiensystem, über ideologische Differenzen zwischen ihr und anderen, d. h. die Zugehörigkeit der Partei zu dem einen

oder anderen Parteienlager und ihre Koalitionsmöglichkeiten, kann erst etwas ausgesagt werden, wenn sie gegründet worden und politisch aktiv ist.

**These 10:** Einige der Voraussetzungen für die Stärke der AfD in Umfragen und bei Wahlen beruhen auf den Schwächen – vornehmlich der SPD – in der Koalition, in Mängeln in der Kommunikation der Ziele der Koalitionspolitik und der Wege, diese zu erreichen, andere in der Art der Arbeit der CDU/CSU als Opposition im Bundestag und weitere in den berechtigten wie unberechtigten Enttäuschungen in Teilen der Wählerschaft über materielle wie über immaterielle Leistungen, z. B. im Projekt «Aufbau Ost» oder der Zuwanderungspolitik. Wenn die Bemühungen der demokratischen Parteien Erfolg haben sollen, die AfD als eine Partei zu bekämpfen, die sich innerhalb wie außerhalb der politischen Institutionen bemüht, die Rolle dieser Institutionen und ihrer Bedeutung für die Demokratie zu schmälern, darf mit ihr nicht kooperiert oder sie auf andere Weise politisch legitimiert werden. Um ihren antidemokratischen Charakter aufzeigen und ihre Reichweite einzuschränken, müssen die demokratischen Parteien in ihrer politischen Arbeit die Vorzüge der Demokratie für die Gesellschaft praktisch in Leistungen für die Gesellschaft umsetzen, indem sie kommunikativ und praktisch stärker auf deren Bedürfnisse reagieren und mehr aktive Teilhabe möglich machen. ■